

Der Vollzugsdienst

3/2018 – 65. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

BSBD Bundeshauptvorstands- sitzung und Tarifvertreter- treffen in Wuppertal

Sönke Patzer ist neues
Mitglied in der Bundesleitung

Seite 2

Belastungen und Anspannungen werden sehr ernst genommen!

Extrem ausgeprägte Überbelegung
in den Justizvollzugsanstalten

Seite 5

Kapazitätsengpässe und Probleme bei der Personal- gewinnung im NRW-Strafvollzug

Minister Peter Biesenbach stellte
sich den Fragen der Delegierten

Seite 45

Foto: © IckeT/AdobeStock

Sind die Dienstpostenbewertungen im deutschen Strafvollzug noch angemessen und zeitgemäß?

Lesen Sie mehr dazu auf Seite 1 dieser Ausgabe



Rheinland-Pfalz



Saarland



Sachsen-Anhalt

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Sind die Dienstpostenbewertungen im deutschen Strafvollzug noch angemessen und zeitgemäß?
- 2 BSBD Bundeshauptvorstand tagte in Wuppertal
- 3 Treffen Arbeitskreis Tarif: „Wir wollen gesehen und anerkannt werden!“
- 4 Altersdiskriminierung ist eigentlich verboten
- 4 Datenschutz: Mehr Rechte für Kunden



LANDESVORBÄNDE

- 5 Baden-Württemberg
- 20 Bayern
- 24 Berlin
- 28 Brandenburg
- 29 Bremen
- 30 Hamburg
- 32 Hessen
- 39 Mecklenburg-Vorpommern
- 43 Niedersachsen
- 45 Nordrhein-Westfalen
- 59 Rheinland-Pfalz
- 61 Saarland
- 63 Sachsen
- 66 Sachsen-Anhalt
- 71 Thüringen
- 64 Impressum

FACHTEIL

- 73 Beförderungsverfahren – Akteneinsicht in den Auswahlvorgang



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion
 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-Isa.de www.bsbd-Isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 4-5/2018:



16. Oktober 2018



Überflüssige Containeranlagen abgebaut

Planungen für den Bau einer Werk- oder Arbeitshalle könnten beginnen

In den neunziger Jahren waren in der Justizvollzugsanstalt Bützow zwei Containeranlagen zur Unterbringung von Gefangenen errichtet worden. Die eine der beiden Anlagen hatte zum damaligen Zeitpunkt 164 Haftplätze (Gemeinschaftsunterbringung, „Vierer Hafträume“) und die zweite Anlage hatte über 100 Haftplätze in Einzelunterbringung.

Die Baumaßnahmen waren erforderlich, da es zu damaligen Zeiten eine Überbelegung des alten Hafthauses gab und die Unterbringungen nicht angemessen waren. Aufgrund der Ent-

wicklung der Gefangenenzahlen in Mecklenburg-Vorpommern – die immer noch entgegen dem Bundestrend verläuft – sind diese beiden Anlagen seit drei Jahren überflüssig gewesen, standen leer und sollten durch die zuständige Behörde abgebaut werden (Behörde für Bau und Liegenschaften).

Seit Ende März dieses Jahres erfolgte dieser Abbau nun und er war Anfang Mai erfolgreich beendet!

Ausblick des Landesvorsitzenden zum Bau(en) in der JVA Bützow

Aufgrund der veränderten Gefangenstruktur in der JVA Bützow – als

neue Langstraferanstalt des Landes Mecklenburg-Vorpommern – könnte, nein sollte, aus Sicht des BSBD doch nun konkret mit den Planungen für den Bau/mit dem Bau einer Werk- oder Arbeitshalle begonnen werden.

Denn für dieses Gefangenenklientel benötigen wir dringend qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze! Aber vermutlich hält das JM in Schwerin den Bau einer neuen Verwaltung für wichtiger...

Und im Übrigen: Es wäre auch Platz für den Bau einer Sporthalle vorhanden – ebenfalls als sehr sinnvoll zu betrachten!
Hans-Jürgen Papenfuß



Vorne die alte VZA E und rechts hinten die Einzelcontainer der VZA F.



Abbau erfolgreich beendet.

Fotos (2): BSBD LV

„...Wenn man trotzdem lacht! – Humor im Strafvollzug“

Jahrestagung der evangelischen Konferenz für Gefängnisseelsorge

In dem kleinen Ort Salem bei Malchin (Landkreis Mecklenburgische Seenplatte) in Mecklenburg-Vorpommern fand die 69. Jahrestagung der evangelischen Konferenz für Gefängnisseelsorge in Deutschland in der Woche vom 14. bis 18. Mai 2018 statt. Die Gefängnisseelsorger tagten zu dem Thema „... Wenn man trotzdem lacht! – Humor im Strafvollzug –“ Der BSBD war zu dieser Tagung für die öffentliche Veranstaltung am 17. Mai eingeladen. Der Landesvorsitzende **Hans-Jürgen Papenfuß** nahm diesen Termin wahr. Zu den Ehrengästen zählten insbesondere auch Frau Justizministerin **Katy**



Justizministerin Katy Hoffmeister in Salem.

Hoffmeister sowie der Landesbischof Herr **Gerhard Ulrich**.

Es gab am Rande der Veranstaltung konstruktive Gesprächsmöglichkeiten für den Landesvorsitzenden. Mit vielen Gesprächspartnern konnte eine Übereinstimmung durch den Landesvorsitzenden festgestellt werden, dass aktuell insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern die Menschen, die als uniformierte Bedienstete im Justizvollzug arbeiten, nicht mehr angemessen im Fokus stehen.

Die (Für)Sorge der Führung für die Kolleginnen und Kollegen des Allgemeinen Vollzugsdienstes AVD erlebten

■ **Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €**
 ■ Vorteilszins für den öffent. Dienst
 ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
 ■ Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
 5.000 € bis 50.000 €
 Laufzeit 48 bis 120 Monate
 Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtsumme 21.137,19 €
www.Autokredit.center

AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Tel.: (0621) 178180-0
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
 Günstiges Darlehen resp. Bsp. 50.000 €, Sollzins (eff. gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 660,00 € (eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 55.397,00 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.



U. a. Pastor Martin Kühn (JVA Waldeck), Landesbischof Gerhard Ulrich 2. v.l. – ganz rechts der Bürgermeister von Malchin.

Fotos (2): BSBD LV

die Gesprächspartner des Landesvorsitzenden als völlig inadäquat. Leider konnte auch in dieser entspannten Atmosphäre kein Gespräch des Landesvorsitzenden mit Frau Justizministerin Hoffmeister erfolgen, obschon es genug Themen, und aus Sicht des BSBD

M-V auch dringenden Bedarf gegeben hätte, die der Landesvorsitzende gerne mit der Ministerin angesprochen hätte. Dazu gehört natürlich insbesondere das Auseinanderklaffen der hohen Anforderungen (bei der Personalauswahl, bzgl. Unterrichtsinhalte, Prüfungen) an

die Kolleginnen und Kollegen während der Ausbildung zum AVD und der dann mangelnden beruflichen Perspektiven, wenn sie in die tägliche Arbeit gehen... und dann mit den täglichen Abläufen konfrontiert werden

Hans-Jürgen Papenfuß

Aktuelles aus dem Vollzug in Mecklenburg-Vorpommern

dbb M-V und AG Justiz ziehen an einem Strang

Die Dienstpostenbewertung bringt nur geringe berufliche Perspektiven

Hier haben sich der dbb M-V und die AG Justiz zusammengeschlossen. Wir ziehen gemeinsam an einem Strang!

Der Landesvorsitzende des dbb M-V, Dietmar Knecht, hat versucht mit Frau Justizministerin Hoffmeister ein klärendes, konstruktives und in die Zukunft schauendes Gespräch für die Bediensteten der Justiz, insbesondere aber des Justizvollzuges, zu führen.

Hintergrund ist letztendlich der folgende Tenor: Das Justizministerium will hoch qualifizierte, gut ausgebildete Beamtinnen und Beamte des Allgemeinen Vollzugsdienstes – die Ausbildung ist bundesweit sehr anerkannt.

In der Praxis dann aber müssen die noch jungen Beamtinnen und Beamten schnell feststellen, dass sie all das, was sie gelernt haben nicht mehr anwenden können. Vielfach fehlen Kolleginnen und Kollegen auf den Stationen im Schichtdienst und es bleibt nicht die Zeit, das Gelernte und Erforderliche anzuwenden/umzusetzen.

Dann geht es weiter damit, dass den Kolleginnen und Kollegen keine Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten geboten werden. Der BSBD M-V vertritt den Standpunkt, dass auch der Beamte im Stationsdienst (Wechselschichtdienst)

so gut qualifiziert ist und Aufgaben erfüllen kann, dass er auch in diesem Dienst die A 9 und A 9 mit Z in Einzelfällen erreichen können muss. Genau dann wenn sie/er bereit ist „hinten im Vollzug, an der Basis“ Verantwortung zu tragen. Zur gemeinsamen Rechtsauffassung des Beamtenbundes dbb M-V und dem BSBD M-V lässt sich das Folgende sagen: Auch wenn die Dienstpostenbewertung formal kein Mitbestimmungstatbestand nach dem Personalvertretungsgesetz in Mecklenburg-Vorpommern ist, wenn es also keine Beteiligung des Hauptpersonalrates geben soll, dann geht es aus unserer Sicht um die Beteiligung der Spitzenverbände – dies nach der Vereinbarung mit der Landesregierung M-V, da es nach BVerwG eine völlig „beteiligungsfreie“ Zone bei solchen Entscheidungen nicht geben sollte.

Es wird uns dann vorgehalten, dass sich bspw. der BSBD nicht kritisch äußerte! Wie auch, wenn uns nur die Ergebnisse der Dienstpostenbewertung zugänglich gemacht worden sind – die Dienstpostenbeschreibung als „interner Verwaltungsakt“ nur eingesehen werden durfte. Gerade die kritische Auseinandersetzung mit den Grundlagen für die Ergebnisse kann

erst zu einer öffentlichen Kritik des BSBD M-V an der Dienstpostenbewertung führen – und dies unterläuft das JM M-V geschickt oder doch eher ungeschickt?

Folgen der Dienstpostenbewertung

Mit der Dienstpostenbewertung und den Auswirkungen auf die Beurteilungen, wurde gerade vielen jungen Kolleginnen und Kollegen (LG 1, 2. EA = AVD; LG 2, 1. EA: der sogenannte Gehobene Dienst – Bad Münstereifel Absolventen –; LG 2. 2. EA – bspw. Diplom-Psychologen) deutlich aufgezeigt, dass sie geringe Perspektiven in der Zukunft haben werden, um sich beruflich in ihrer Laufbahngruppe (LG) weiter zu entwickeln. Wenn im AVD dann die Stellenobergrenzenverordnung auch noch verschlechtert wird (45% A7, 45% A8 und nur 10% A9), dann kommen offensichtlich schon individuell Abwanderungsgedanken auf...

Dem Gehobenen Dienst in der Funktion als Sachbearbeiter wurde deutlich, dass mehr als A 10 nur über Führungsaufgaben erreicht werden kann. Bspw. in der JVA Bützow sind Führungspositionen z.T. über Jahrzehnte blockiert.

Der normale Anstaltspsychologe beginnt und endet in seiner Karriere bei A13...

Das Problem ist die in M-V erfolgte analytische Dienstpostenbewertung der Firma PIW, die lediglich Führungsaufgaben gut abbilden kann – aber keine spezifischen Spezialaufgaben.



dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht.

Fehlende Vorschriften pp.

Dienstbekleidung

Die Übergangszeit für das Tragen auch noch der alten Dienstbekleidung läuft formal am 30. Juni aus und bislang gibt es für die Kolleginnen/Kollegen des AVD noch keine Hinweise, wie es weitergehen kann/soll. Informell ist bekannt geworden, dass die Tragefrist verlängert werden soll – aber hierzu bedarf es eines formalen Erlasses.

Auch die neuen Bekleidungsstücke der Dienstbekleidung müssen per Erlass unter Beteiligung der Personalvertretungen (noch nicht erfolgt) geregelt werden. Wir halten es als **BSBD M-V** für fatal, dass Schuhe aus der Regelung herausgenommen werden. Das spart dem JM natürlich Geld, aber... was passiert, wenn ein Bediensteter aufgrund mangelhafter Schuhqualität einen Dienstunfall erleidet – wer haftet dann?

Und warum soll das Bekleidungsgeld mit dem Gehalt überwiesen werden und nicht wie bisher auf ein Konto beim Lieferanten in Niedersachsen... Was steckt denn nun da wieder dahinter?

Schwerbehindertenvertretung

Im Oktober 2018 ist im Bereich des Justizministeriums Mecklenburg-Vor-

pommern eine Hauptschwerbehindertenvertretung zu wählen. Die Vorarbeiten laufen seit mehr als einem Jahr (!), sind noch nicht abgeschlossen und wir hoffen, dass sie rechtzeitig abgeschlos-



sen werden können, um den gesetzlichen Kriterien Genüge zu tun... seitens des Justizministeriums müssen die Strukturen für die zukünftigen Wahlen festgelegt werden!

„Arbeitsgruppe zur Optimierung der Abläufe in der Verwaltung in den Justizvollzugsanstalten mit Mecklenburg-Vorpommern“

Diese schon lange avisierte Arbeitsgruppe zur Optimierung der Abläufe und zur Personaleinsparung (?) hat ihre Arbeit aufgenommen.

Kommentar



Hans-Jürgen Papenfuß.

Foto: BSBD LV

Warum wird die Gewerkschaft als Gegner wahrgenommen?

Mich macht es immer wieder betroffen, warum/dass die Handelnden im Justizministerium nicht in der Lage sind, zu erkennen, dass Personalvertretungen und Gewerkschaften die Kolleginnen und Kollegen vertreten. Warum sucht man nicht bei Maß-

nahmen/Planungen von Beginn an den Kontakt zu diesen Gremien, geht offen mit diesen um, redet mit Ihnen und erreicht so, dass es früh möglich ist, das Personal für Entwicklungen zu gewinnen.

Als Gewerkschaftler müssen wir erkennen, dass wir nicht als Partner des Justizministeriums gesehen werden, sondern vielmehr als Gegner. Das konstruktive und in die Zukunft schauende ist also nicht vorhanden. Das ist schade!

Natürlich diskutiert man kontrovers, aber es müssen Lösungen für die Bediensteten gefunden werden. Und nur darum kann und muss es gehen.

Aber der **BSBD M-V** hat natürlich Partner zur Zusammenarbeit und Unterstützung: Insbesondere der **Beamtenbund in Mecklenburg-Vorpommern** – hier ist herauszustellen: der Landesvorsitzende **Dietmar Knecht**, aber auch einzelne Landtagsabgeordnete und ihre Fraktionen sind uns behilflich! Sie unterstützen uns!
Hans-Jürgen Papenfuß

JVA Neubrandenburg

Die Kolleginnen und Kollegen der zu schließenden JVA Neubrandenburg haben zwischenzeitlich alle ihre Informationen erhalten, in welche Justizvollzugsanstalten sie versetzt werden sollen. Es gibt noch keine rechtsgültigen Bescheide. Erste Kolleginnen und Kollegen beginnen trotz allem schon den Rechtsweg zu gehen und sich gegen avisierte Versetzungen zu wehren. Wenn das Dienstleistungszentrum Nord des **dbb** oder die Versicherungen den Rechtsschutz übernehmen, dann ist Aussicht auf Erfolg vorhanden. Auch wenn es eine **Dienstvereinbarung** zu Sozialkriterien bezüglich Versetzung und Abordnung gibt, dann ist auch hier festgelegt, dass es Härtefallregelungen geben kann/geben muss. Aus Sicht des **BSBD M-V** ist hier, trotz/wegen der Dienstvereinbarung, ein Ansatz bspw. für die Kolleginnen/Kollegen, die den Schwerbehinderten gleichgestellt sind, vorhanden. Uns ist natürlich nicht bekannt wer einem Schwerbehinderten gleichgestellt ist. Diese Kollegen/Kolleginnen müssen eigenständig aktiv werden und gegebenenfalls Unterstützung einfordern.

And the winner is ...

Was vor neun Jahren begann fand nun am 26.04.2018, im Bolingcenter „Strike“, in Neubrandenburg, seinen Höhepunkt. Ein letztes Mal kam es zum Kräftemessen zwischen der JA Neustrelitz und der JVA Neubrandenburg. Und auch diesmal ging der „Pott“ an die Kollegen der JA Neustrelitz, die ihn nun endgültig behalten dürfen. Bei den Herren konnte sich **Matthias Kleemann**, vor **Klaus-Dieter Sielaff** und



Uwe Wrosch, den Titel sichern. Bei den Frauen setzte sich **Sonja Ladwig** klar gegen ihre Konkurrentinnen **Yvonne Teuscher** und **Andrea Suckow** durch und verwies diese auf die Plätze zwei und drei. Pudelkönig, mit den meisten Fehlwürfen im Spiel, wurde ebenfalls **Andrea Suckow**. Danke für die schönen Stunden.
Matthias Nicolai

Das neue „Karriereportal“ ist seit 11. Mai 2018 online

Der beruflicher Aufstieg im Justizvollzug bleibt für die meisten nur ein Wunschtraum

Das Justizministerium von Mecklenburg-Vorpommern hat am 11. Mai offiziell das neue „Karriereportal“ im Internet gestartet. Dazu sagte die Justizministerin des Landes, Frau Katy Hoffmeister: „Die Justiz unseres Landes wird auf den Punkt gebracht. Wir haben nun ein Portal für alle Ausbildungsberufe. Denn egal ob an den Gerichten, in der Staatsanwaltschaft oder im Justizvollzug, wir brauchen überall und in jeder Besoldungsstufe Nachwuchs. Wer sich nun über seine Perspektiven in der Justiz informieren möchte, findet hier alle wichtigen Fakten, die er überall auf der Welt zu jeder Zeit abrufen kann.“

(Quelle: JM vom 11.05.2018 -Nr.28/18)

Was hier innovativ als „Karriereportal“ bezeichnet wird ist tatsächlich nur eine Informationswebseite für die Ausbildungsmöglichkeiten in der Justiz, Informationen, welche schon immer auf den Internetseiten des Justizministeriums zu finden waren, hier lediglich noch einmal zusammengefasst und aufgehübscht.

Als Karriere wird allgemein die persönliche Laufbahn eines Menschen in seinem Berufsleben bezeichnet, also der angestrebte berufliche Aufstieg, der in der Regel auch mit einem sozialen Aufstieg einhergeht.

Wer auf dieser Webseite tatsächlich nach Entwicklungsmöglichkeiten oder Perspektiven im Berufsalltag des Justizvollzuges sucht, wird eher enttäuscht werden.

Die Aufgaben im Justizvollzug sind mannigfaltig und lassen wenige Wünsche offen für Menschen, die sich neuen Herausforderungen stellen möchten. Dummerweise wird das wiederum we-

nig honoriert. Temporär funktioniert die Motivation der Beschäftigten mit Dankesworten, Lob oder einem anerkennenden Schulterklopfen noch einigermaßen.

Der berufliche Aufstieg bleibt für die meisten jedoch ein Wunschtraum.

Langfristige Anerkennungen, die mit einer Beförderung in das nächst höhere Statusamt verbunden sind, werden im Justizministerium nur nach Kassenlage freigegeben. Schon lange werden nicht mehr alle freigewordenen, höherdotierten Stellen besetzt. **Und nach der kürzlich vorgenommenen Dienstpostenbewertung sind die Möglichkeiten, in die Spitzenämter zu gelangen noch spärlicher geworden.**

Was soll das also für eine Karriere sein, die mögliche Berufsanfänger veranlasst in den Justizvollzug einzusteigen? Die 1.039,84 € Grundgehalt brutto, plus Zulagen, locken vermutlich nicht viele geeignete Berufsbewerber an. Zum einen müssen sie das 21. Le-

bensjahr vollendet haben, haben also vermutlich bereits eine Ausbildung hinter sich und möglicherweise schon richtiges Geld verdient.

Zum anderen sind da noch die Abzüge für die private Krankenversicherung, die das Einkommen des Anwärters noch weiter schmälern. Eine Anwärtersonderzulage, wie sie in den meisten anderen Bundesländern gezahlt wird, gibt es in Mecklenburg-Vorpommern nicht.

Solange im Justizministerium nicht umfassende Möglichkeiten für die persönliche berufliche Entwicklung geschaffen werden, welche sich auch langfristig in der Entwicklung des sozialen Status der Beschäftigten niederschlägt, so lange es an Anreizen und Perspektiven fehlt, wird der Justizvollzug nicht nur mögliche Ausbildungsbe- werber verlieren, sondern langfristig auch bereits ausgebildetes Personal einbüßen, durch innere Kündigung und durch Abwanderung in andere Bundesländer.

Matthias Nicolai

Wieviel Gewerkschaft brauche ich?

„Wer etwas bewegen möchte, muss sich selbst bewegen!“

Die Antwort lautet klar „KEINE“, sofern ich künftig damit zufrieden bin, nie mehr an der allgemeinen Besoldungsentwicklung teilzuhaben, auf mögliche Zukunftsperspektiven in meiner Tätigkeit verzichte und mir die Anerkennung und Wertschätzung für meine geleistete Arbeit völlig gleichgültig sind.

In der Realität freilich ist dies meist nicht der Fall. Und wer nun meint, die Fürsorgepflicht des Dienstherrn werde schon dafür sorgen, dem sei gesagt: Die Auffassungen von uns Kollegen und die unserer Dienstherrn über das Ausmaß von Fürsorge gehen doch stark auseinander. Spürbar wird dies gerade in der wachsenden Unzufriedenheit im Bezug auf die kürzlich erfolgte Dienstpostenbewertungen, der ewig hinausgezögerten Beurteilungsrunde, der nur selten stattfindenden Beförderungen unter Nichtbeachtung des Stellenkegels, der ständigen Aufgabenverdichtung, der ewigen Personalengpässen, welche

Zusatzdienste und Überstunden durch die Decke gehen lassen und vieles mehr. Das will niemand, schon gar nicht über Jahrzehnte, ertragen. Doch es reicht einfach nicht, die Faust in der Tasche zu ballen. Und auch wenn man sich kurzfristig Linderung verschaffen kann, indem man seinen Frust mit anderen teilt, so müssen doch Lösungen her und es bedarf genug Potentials um diese auch umzusetzen. Das nötige Potenzial finden wir in den Interessenvertretungen unseres Berufes, unseres Gewerks. Der BSBD ist so eine Interessenvertretung von Kollegen für Kollegen, welche sich verbünden, um gemeinsam mehr für alle erreichen zu können. **Und jedes neue Mitglied stärkt diese Interessenvertretung.**

Der BSBD ist keine Firma, welche gegen einen Obolus beliebige Dienstleistung verkauft. **Es sind allein die Mitglieder**, unsere Kollegen, welche ihre Kräfte einbringen und bündeln, organisieren und die finanzielle Mit-



Foto: © Gina Sanders/AdobeStock

tel bereitstellen. **Es sind allein die Mitglieder**, unsere Kollegen, welche Verhandlungen mit dem Dienstherrn führen, um zu bewahren was bewahrt werden kann oder, wenn

es nötig ist, ihr Recht erstreiten. Dabei kann man gewinnen, aber auch verlieren. Gewerkschafter sind keine Zauberer und der Weg zum Erfolg ist oftmals steinig und lang. Doch die Alternative ist, eben nichts zu tun und das bedeutet: garantiert keine Aussicht auf Erfolg.

Das Ergebnis der Tarifverhandlungen 2017 und die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Landesbeamten, Anwärter und Pensionäre in Mecklenburg-Vorpommern ab 01.01.2018 war kein Geschenk des Dienstherrn oder ein Automatismus auf dem wir uns ausruhen können. **Wer etwas bewegen möchte, muss sich selbst bewegen.**